

Auch Wissenschaftler wollen Politik betreiben

- 30.03.2021
- shn.ch / Schaffhauser Nachrichten, Reto Zanettin

«Politik gehört nicht in den Hörsaal» – wer wissenschaftlich arbeite, habe sich auf die Fakten zu beschränken, sich aber nicht darüber zu äussern, was politisch entschieden werden sollte. Davon war der Soziologe Max Weber schon vor über hundert Jahren überzeugt. Das Thema ist noch heute aktuell, wie die Maulkorbdebatte um die wissenschaftliche Covid-19-Taskforce des Bundes illustrierte. Zudem startete vor Kurzem das Franxini-Projekt, das Wissenschaftler und Politiker vernetzen möchte. Leiterin Anna Krebs sagt: «Wissenschaftler stellen Wissen und Handlungsoptionen zur Verfügung und zeigen mögliche Konsequenzen davon auf.

Politiker entscheiden, was opportun ist und umgesetzt wird.» Angetreten sind Krebs und ihre Kollegen mit der Vision einer Gesellschaft, in der Forscher und Politiker zusammenarbeiten, um gesellschaftliche Herausforderungen wie die Coronakrise und den Klimawandel zu meistern. Im Franxini-Projekt lernen Forschende, wie sie mithilfe wissenschaftlicher Erkenntnisse politische Massnahmen formulieren. Sie lernen ebenfalls, wie das politische System der Schweiz funktioniert. «Das ist besonders wichtig für Leute aus dem Ausland, aber auch viele Schweizer Forschende sind nicht gut vertraut mit den Feinheiten der Schweizer Politik», sagt Anna Krebs.

Sie möchte ausserdem Vertrauen zwischen Wissenschaftlern und Politikern schaffen, die langfristige Kooperation ermöglicht. «Wir vom Franxini-Projekt werden selbst nie eine Volksinitiative starten oder in politischen Aktivismus verfallen. Wir üben eine Scharnierfunktion aus», sagt Krebs. «Wir koordinieren, wer mit wem ins Gespräch kommen sollte.» Politik sei vielfältig: «Sie lebt nicht nur von Parlamentsdebatten und Volksrechten.

» Gerade in der Schweiz gebe es zahlreiche Expertengruppen, die eine politische Funktion erfüllten und in denen man sich einbringen könne. Experten sollten sich dabei bewusst sein, dass ihrer Rolle in der Politik gewisse Schranken gesetzt seien. «Verfassung und Gesetz legen fest, wie politische Prozesse in der Schweiz funktionieren. Daraus ergeben sich die Grenzen, an die wir uns halten.» Thomas Hurter, Schaffhauser SVP-Nationalrat, findet, die Wissenschaft dürfe grundsätzlich eine starke Rolle in der Politik spielen.

Beispielsweise hält er es aufgrund der Tragweite der Coronakrise für richtig, dass der Bundesrat eine wissenschaftliche Taskforce eingerichtet hat. Zum Franxini-Projekt sagt Hurter jedoch: «Es ist überflüssig, Wissenschaftler auf die Politik vorzubereiten. Am Ende reden alle durcheinander, und das System wird immer teurer und komplexer.» Bei Berateraufträgen und Taskforces sei grundsätzlich Zurückhaltung geboten. «Wir haben eine grosse und wachsende Verwaltung, die mit wissenschaftlichen Mitarbeitern besetzt ist und Themen für die Regierung aufarbeiten sollte.

Man sollte diese Ressourcen nutzen.» Sonst würden sich Doppelspurigkeiten ergeben. Anna Krebs räumt ein, die Bundesverwaltung verfüge über sehr viel Know-how. «Dazu stehen wir nicht in Konkurrenz.» Kernaufgabe der Forschung sei es jedoch, neues Wissen hervorzubringen.

Deswegen habe sie einen Informationsvorsprung gegenüber der Politik. «Das Franxini-Projekt fördert den Wissenstransfer.» «Politik hat Holschuld» Maurus Pfalzgraf, Schaffhauser Kantonsrat der Jungen Grünen, studiert Umweltnaturwissenschaften. Eine akademische Laufbahn kann er sich gut vorstellen, und er möchte sie mit seinem politischen Engagement verbinden. Zum Verhältnis von Wissenschaft und Politik sagt Pfalzgraf: «Die Politik hat eine Holschuld und sollte sich in ihren Entscheiden an den neuesten Erkenntnissen orientieren, keinesfalls an Halbwissen oder falschen Fakten.

» Gerade zu Klima und Umwelt seien wissenschaftliche Erkenntnisse heute schon gut verständlich aufbereitet. Wissenschaft solle aber möglichst apolitisch sein, «weil sie nicht

demokratisch legitimiert ist». Öffentlich äussern sollte sie sich dennoch. In manchen Bereichen wie der Klimapolitik oder Corona seien wissenschaftliche Aussagen per se politisch relevant. Von einer Holschuld der Politik spricht auch Anna Krebs.

«Doch es braucht beide Seiten, wenn die Kooperation gelingen soll. Deshalb braucht es auch Wissenschaftler, die etwas von Politik verstehen und wissen, wie sie mit ihrer Rolle umgehen sollen.» Beispielsweise sollten Forscher deklarieren, in welcher Funktion sie auftreten – als Mitglied einer Taskforce, als Professor oder als Privatperson. Für Pfalzgraf ist klar: «Als Wissenschaftler möchte ich lernen, wie ich Erkenntnisse fachlich korrekt, aber allgemein verständlich kommunizieren kann, ohne politischer als nötig zu werden oder Unmut zu provozieren.» Das zeichne gute Forschende aus.

«Ich möchte nicht, dass meine akademische Arbeit abgetan wird, nur weil sie der politischen Haltung anderer Leute widerspricht.» Inputs aus der Praxis Politiker sollten sich aus eigenem Antrieb seriös informieren, bevor sie im Parlament abstimmen, sagt auch Hurter. Sie könnten zudem Inputs aus der Praxis einbringen und der Verwaltung so etwas entgegensetzen. Das Milizsystem bringe diesbezüglich Vorteile: «Parlamentarier kommen aus dem Volk, aus der Praxis.» «Letztlich trägt die Politik die Verantwortung für ihre Entscheide.

» Anna Krebs Leiterin des Franxini-Projekts Dahingegen stellt sich Hurter die Frage nach dem Status der Wissenschaftler: «Welche Kompetenzen haben politische Wissenschaftler und wo werden sie integriert?» Das sei auch eine Frage der demokratischen Legitimation. «Die Zusammenarbeit zwischen Forschung und Politik kann auf Bundes-, Kantons- und Gemeindeebene, in der Verwaltung oder im Parlament, aber auch über Fachkommissionen geschehen», erklärt Anna Krebs. Politische Entscheide könnten anders ausfallen, als die wissenschaftlichen Berater empfehlen. «Das ist zu akzeptieren. Letztlich trägt die Politik die Verantwortung für ihre Entscheide.

» Umgekehrt müssten Politiker Kritik aushalten, wenn sie der Forschung zu wenig Gewicht beimessen. Woran sich die Politik orientieren soll, könne man sich fragen – am Stand der Forschung oder am Unwissen der Gesellschaft, die sie vertrete, sagt Pfalzgraf. Er weist auf eine Umfrage hin, wonach eine Mehrheit der Bevölkerung bezweifelt, dass in erster Linie der Mensch den Klimawandel verursache. Rhetorisch fragt Pfalzgraf: «Soll die Politik diese Meinung übernehmen?» Nein, denn wer gesellschaftlich etwas verändern wolle, solle sich über Fakten und Zusammenhänge informieren. Das Franxini-Projekt möchte Forscher fit für die Politik machen.